

Sanierungsspektrum mit Tiefgang

Düsseldorf. Die 21. Düsseldorfer Insolvenztage fanden am 28. und 29.05.2019 wie in allen Vorjahren im Düsseldorfer Industrieklub statt. Die Referenten behandelten vor 90 Teilnehmern u. a. Aktuelles aus dem IX. Zivilsenat des BGH, die EU-Restrukturierungsrichtlinie und deren Umsetzung, die strafrechtliche Vermögensabschöpfung an der Schnittstelle zur Insolvenz, das Zahlungsverbot nach § 64 GmbHG, die Zukunft des Überschuldungsbegriffs, versicherungsrechtliche Fragen mit Insolvenzbezug und die Kommanditistenhaftung in der Insolvenz.

Text: Rechtsanwalt Dr. Dietmar Rendels, Sozietät KÜBLER

Der langjährigen Tradition entsprechend moderierten Prof. Dr. Moritz Brinkmann (Universität Bonn) und RA Dr. Michael Malitz die beiden Veranstaltungstage, zu denen auch die obligatorische Bootsfahrt auf dem Rhein gehörte. Bei anderen Tagungen digitalisiert gab es in Düsseldorf noch die nutzerfreundlichen analogen Skripte, die zudem durchgängig informativ waren.

Das erste Referat hielt RiBGH Heinrich Schoppmeyer (IX. Zivilsenat) zum Thema »Aktuelles aus dem IX. Senat«. Schoppmeyer ging auf zahlreiche aktuelle Entscheidungen seit den letzten Düsseldorfer Insolvenztagen ein. Zu »Anderkonto/Sonderkonto« (BGH v. 07.02.2019 – IX ZR 47/18) verwies Schoppmeyer darauf, dass insbesondere nach der Rechtsprechung des XI. Zivilsenats beim Anderkonto, in dem ein Rechtsanwalt persönlich Kontoinhaber ist, grundsätzlich keine Pflichten der Bank gegenüber Dritten und damit auch nicht gegenüber der Insolvenzmasse bestünden. Insbesondere deshalb sei es vom BGH als unzulässig erachtet worden, ein Anderkonto (Vollrechts-Treuhandkonto) als Insolvenzkonto zu führen. Vielmehr sei ein sog. Sonderkonto erforderlich, bei dem die Partei kraft Amtes Kontoinhaber sei. Weiter ging Schoppmeyer auf den Rangrücktritt in sog. Nachrangklauseln in AGB ein (BGH v. 06.12.2018 – IX ZR 143/17). Er betonte den Unterschied zwischen einem einfachen und einem qualifizierten Rangrücktritt. Der einfache Rangrücktritt wirkt »nur« im Insolvenzfall, d. h. »erst« nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Der qualifizierte Rangrücktritt sperre dagegen die Durchsetzung der Forderung bereits vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Das Greifen des Nachrangs betrifft häufig, was vom Verfasser dieses Beitrags angemerkt sei, eine verkannte insolvenzrechtliche Überschuldung (vgl. dazu auch das Referat von Prof. Dr. Christoph Thole). In der späteren Insolvenz droht die Rückforderung von Zinszahlungen oder Gewinnausschüttungen an Anleger durch den Insolvenzverwalter als unentgeltliche Leistung gem. § 134 InsO oder wegen fehlenden Rechtsgrunds nach § 812 BGB. Nachrangdarlehen kraft AGB enthalten eine Abrede über den unmittelbaren Gegenstand der Hauptleistung und sind deshalb zwar grundsätz-

lich der Inhaltskontrolle entzogen (§ 307 Abs. 3 Satz 1 BGB). Allerdings gilt insbesondere bei allgemeinen Geschäftsbedingungen, die gegenüber einem Verbraucher verwandt werden, das sog. Transparenzgebot (§ 307 Abs. 1 Satz 2 BGB). Der – qualifizierte – Rangrücktritt müsse, so Schoppmeyer, deshalb die erfassten Insolvenzeröffnungsgründe klar und unmissverständlich bezeichnen. Dies gelte schon deshalb, weil der qualifizierte Rangrücktritt insbesondere für Verbraucher gefährlicher sei als der »einfache« Rangrücktritt. Schoppmeyer behandelte danach weitere BGH-Rechtsprechung: Zur Freigabeerklärung des Verwalters gem. § 35 Abs. 2 InsO betreffend Vermögen aus einer selbstständigen Tätigkeit eines Schuldners erörterte Schoppmeyer die Entscheidung des BGH vom 21.02.2019 – (IX ZR 246/17, Honorarforderungen eines Zahnarztes). Was klar zur Masse gehört, sei grundsätzlich nicht Gegenstand einer Freigabeerklärung. Diese erfasse in der Regel nur die zukünftige Masse. In diesem Zusammenhang hatte der BGH den Entstehungszeitpunkt von Honorarforderungen abzugrenzen. Bei einem Privatpatienten entsteht die Honorarforderung, sobald die Leistung erbracht und ein Gebührentatbestand erfüllt ist. Beim Anspruch gegen die Kassenärztliche Vereinigung führen erst der Abschluss des Quartals und die Vorlage der entsprechenden Abrechnung bei der Kassenärztlichen Vereinigung zur Entstehung der Honorarforderung. Weiter ging Schoppmeyer auf § 64 GmbHG ein. Ansprüche gegen den Geschäftsführer wegen »Zahlungen« nach »verschlafener« Insolvenzreife (§ 64 Satz 1 GmbHG) kann der Insolvenzverwalter abtreten (BGH v. 14.06.2018 – IX ZR 232/17). Dies gelte auch, wenn keine konkrete Gegenleistung für diesen Anspruch gezahlt wird. Die Abtretung müsse dann aber zur Vermeidung von Insolvenzzweckwidrigkeit im Rahmen einer Gesamtbereinigung erfolgen. Weiter erörterte Schoppmeyer die für die Praxis sehr relevante Entscheidung des BGH vom 24.01.2019 (IX ZR 110/17) zur Behandlung von Sicherungsrechten im Eröffnungsverfahren (vgl. dazu Thole, ZIP 2019, 552). Die bei Bestellung von Sicherungsrechten (z. B. betreffend verlängerter/erweiterter Eigentumsvor-

behalt oder Sicherungsübereignung) regelmäßig eingeräumte Befugnis des Käufers/Sicherungsgebers und späteren Insolvenzschuldners, abgetretene Forderungen einzuziehen oder sicherungsübertragene (Vorbehalts-)Waren weiter zu veräußern, erlösche nicht ohne Weiteres mit Beantragung des Insolvenzverfahrens. So erhalte ein vorläufiger Insolvenzverwalter zumindest noch einen gewissen zeitlichen Spielraum, um mit Vorbehaltslieferanten/Sicherungsgläubigern nach Insolvenzantragstellung zu verhandeln. Die Einziehung sicherungsabgetretener Forderungen und die Veräußerung sicherungsübertragener Ware sei aber nach dem BGH-Urteil, so Schoppmeyer, unberechtigt, wenn die Erlöse nicht auf einem zugunsten der Sicherungsnehmer eingerichteten – offenen – Treuhandkonto separiert würden.



Danach hielt Prof. Dr. Dominik Skauradszun (FH Fulda) ein Referat zum Thema »Restrukturierungsrichtlinie und Restrukturierungstourismus«. Der Vortrag gliederte sich in zwei Blöcke: Im ersten Teil befasste sich Skauradszun mit Bezug zum EU-Richtlinienverfahren mit der Abgrenzung der EuInsVO zur sog. Brüssel Ia-Verordnung. In fünf Thesen hierzu vertrat er zusammengefasst die Ansicht, dass voraussichtlich ein weiter Anwendungsbereich für die Brüssel Ia-Verordnung denkbar sei. Für die Anwendung der EuInsVO sei erforderlich, dass die jeweiligen Mitgliedstaaten durch ein nationales Gesetz das EU-Richtlinienverfahren als Anhang-A-Verfahren der EuInsVO qualifizieren. Auch beim Scheme of Arrangement sehe eine verbreitete Ansicht die Beteiligten des Verfahrens als »Parteien« bzw. als »Beklagte« im Sinne der Brüssel Ia-VO an (vgl. dazu BGH v. 15.02.2012 – IV ZR 194/09, ZIP 2012,

740, 743 li.: »... nicht als Insolvenzverfahren ...«). Dies könne zu der Notwendigkeit mehrerer Restrukturierungsverfahren an verschiedenen Orten führen oder dazu, dass ein Schuldner »die internationale Zuständigkeit an jedem Ort begründen kann, an dem eine der betroffenen Parteien ihren Sitz hat« (fünfte These des Referenten). Das könne insgesamt (hier stark zusammengefasst) wegen Anwendbarkeit der Brüssel Ia-Verordnung zu einem Restrukturierungstourismus führen. In der anschließenden Diskussion betonte insbesondere Brinkmann, dass die Anwendung der Brüssel Ia-VO nicht sachgerecht sei. Skauradszun kommentierte, die EU-Richtlinie hätte das Verhältnis EuInsVO/Brüssel Ia-VO zumindest genauer regeln sollen.

Restrukturierungsrahmen und Gesellschaftsrecht

Im zweiten Teil seines Vortrags ging Skauradszun auf die Anteilseignerrechte im präventiven Restrukturierungsrahmen ein. Bei der stillen Vorbereitung eines möglichen Restrukturierungsplans (sog. Phase 1 des Richtlinienverfahrens vor Einschaltung der Gerichte) finde das nationale Gesellschaftsrecht grundsätzlich uneingeschränkt Anwendung, da insoweit die Art. 9 bis 11 der EU-Richtlinie (noch) nicht greifen. In Phase 2 des Richtlinienverfahrens (Verfahren zur Annahme des Plans; Planbestätigung) sowie in Phase 3 (Abarbeitung des Restrukturierungsplans, etwa Anmeldung zum Handelsregister) seien aber grundsätzlich die Art. 9 bis 11 der Richtlinie zu beachten. Danach, so Skauradszun, verdränge das Richtlinienverfahren grundsätzlich als abschließendes System das nationale Gesellschaftsrecht. Aber auch in Phase 1 sei Art. 19 Buchst. a der EU-Richtlinie von besonderer Bedeutung. Danach müsse die Unternehmensleitung die Interessen der Gläubiger, der Anteilseigner und der sonstigen Interessenträger gleichermaßen beachten. Die Unternehmensleitung dürfe keine dieser Interessengruppen vorrangig behandeln, was als »Soft Law« auch in der Phase 1 umgesetzt werden müsse und zu einer »gewissen Zurückdrängung«, so der Referent, des Gesellschaftsrechts führen könne. Insgesamt machten der Vortrag und die anschließende Diskussion hierzu (Ist z. B. für die Beantragung des Richtlinienverfahrens bei drohender Zahlungsunfähigkeit durch die Geschäftsleitung ein Gesellschafterbeschluss zur Einleitung des Restrukturierungsfahrens erforderlich?) deutlich,



Moderatoren RA Dr. Michael Malitz (li.) und Prof. Dr. Moritz Brinkmann

dass die Auslotung der Anteilsinhaberrechte im Richtlinienverfahren noch zu schwierigen Herausforderungen für den deutschen Gesetzgeber führen wird.

Anschließend gaben RAin Brigitte Umbach-Spahn aus Zürich und RAin Dr. Ulla Reisch aus Wien einen Überblick über Insolvenz- und Sanierungsverfahren in der Schweiz und in Österreich. Zur Schweiz referierte Umbach-Spahn, dass dort Sanierungsschutz vor Arbeitnehmerschutz gehe. Im Vergleich zu Deutschland sei das Arbeitsrecht dort »flexibler« ausgestaltet. Österreich habe, so Reisch, zur Auswahl des Insolvenzverwalters/Sachwalters zwar eine zentrale Liste. Auf Befragen in der anschließenden Diskussion wurde aber deutlich, dass letztlich in Österreich die Auswahl des Insolvenzverwalters in der »eigenen Liste« des jeweiligen Richters recht intransparent erfolgt. Auch die Schweiz kennt keine Auswahllisten. RA Prof. Dr. Lucas Flöther hob zum Vergleich der Sanierungskulturen einige Aspekte aus deutscher Sicht hervor: Er unterstrich die positive Bedeutung des Insolvenzgelds und der Insolvenzgeldvorfinanzierung (in der Schweiz gibt es keine staatlich finanzierte Insolvenzgeldzahlungen). Außerdem betonte Flöther die Vorzüge eines Eröffnungsverfahrens. Dies gebe Zeit zur Prüfung der Verhältnisse und für ordnungsgemäße Weichenstellungen. Als verbesserungsbedürftig bezeichnete Flöther das deutsche Konzerninsolvenzrecht.

Nach der Mittagspause wurden die Workshops abgehalten. In Workshop 1 befasste sich Schoppmeyer mit aktuellen Fragen des Insolvenzanfechtungsrechts (da der Verfasser dieses Beitrags am Workshop 2 teilgenommen hat, kann insoweit nicht weiter berichtet werden). Im Workshop 2 befassten sich Flöther und Skauradzun mit der »Umsetzung der Restrukturierungsrichtlinie in Deutschland unter Berücksichtigung der ESUG-Evaluation«. Hefig diskutiert wurde die Frage, bei welchem Gericht das präventive Restrukturierungsverfahren am besten zu verorten ist. Einige Diskutanten sprachen sich dafür aus, bei konzentrierten Insolvenzgerichten auch das präventive Verfahren »aufzuhängen«. An Argumenten führte man an, dass das präventive Verfahren auch in ein Insolvenzverfahren »kippen« könne. Müsse das Verfahren in ein Insolvenzplanverfahren oder Regelverfahren

überführt werden, sei es besser, wenn sich von vornherein die Insolvenzgerichte auch mit dem präventiven Verfahren befassen würden. Dagegen wurde vorgebracht, dass das böse Wort »Insolvenz« und der kaufmännische Sachverstand für die Einschaltung der Kammern für Handelssachen sprechen könnten. Kern des präventiven Verfahrens, so zahlreiche Diskutanten, sei die Bestandsprüfung in Bezug auf das zu restrukturierende Unternehmen. Hier sei die Frage zu beantworten, welcher Richter (oder Sachverständige) diese Aufgaben am besten – in kurzer Zeit – leisten könne. Weiter diskutierten Teilnehmer und Referenten, ob das neue deutsche Gesetz zur EU-Richtlinie in der Insolvenzordnung oder in einem eigenständigen Gesetz, z. B. in einer Restrukturierungsordnung, verortet werden soll. Zudem untersuchte der Workshop die Rolle des Restrukturierungsbeauftragten näher. Überwiegend sprachen sich die Workshopleiter und die Diskutanten für einen unabhängigen Restrukturierungsbeauftragten aus. So betonte Prof. Dr. Christoph Thole (Universität zu Köln) in der Diskussion, dass im Anschluss an die ESUG-Evaluation nur ein unabhängiger Restrukturierungsbeauftragter zum Ausgleich widerstreitender Interessen in der Lage sei.

Die Referate des zweiten Tages eröffnete RA Prof. Dr. Björn Gercke mit dem Thema »Vermögensabschöpfung und Insolvenz nach der (Strafrechts-)Reform«. Gercke befasste sich mit den Möglichkeiten von Staatsanwaltschaften und/oder Strafgerichten, das Vermögen von Straftätern einzuziehen. Seit dem 01.07.2017 gilt hierzu ein neues Recht, wonach durch Straftaten erfolgte Vorteile mit Mitteln des StGB und der StPO eingezogen werden können (vgl. Übergangsrecht Art. 316 h Abs. 1 EGStGB; vgl. auch zur Abgrenzung altes/neues Recht BGH, Beschl. v. 07.03.2019 – 3 StR 192/18). Zu den Zeitabläufen bei Verfolgung von Straftaten beklagte der Referent (zutreffend), dass Anklagen durch Staatsanwaltschaften häufig sehr spät erfolgen. Bis zur Rechtskraft eines Strafurteils könnten dann danach nochmals viele Jahre vergehen. Dies und die Vorschrift des § 73 e StGB (betreffend Ausschluss der Einziehung) würden häufig dazu führen, dass eine Art früher Vergleich zwischen dem Geschädigten (und dessen Rechtsanwälten), dem Schädiger und der Staatsanwaltschaft im



Prof. Dr. Dominik Skauradszun



RiBGH Dr. Heinrich Schoppmeyer



RAin Brigitte Umbach-Spahn



RAin Dr. Ulla Reisch



RA Prof. Dr. Lucas Flöther



Prof. Dr. Björn Gerke

wechselseitigen Interesse liege. Der Geschädigte komme so früher zu einer Kompensation und der Täter/Schädiger könne bei einer Kooperation und früheren Wiedergutmachung mit einem »Bonus« bei der Strafzumessung rechnen. Zum Verhältnis Strafrecht/Insolvenzrecht wurde deutlich, dass hier noch viel ungeklärt ist. So erwähnte der Referent einerseits den Grundsatz »Strafrecht schlägt Insolvenzrecht«. Andererseits wurde aber auch deutlich, dass der Gesetzgeber in § 111 h Abs. 1 StPO strafrechtliche Beschlagnahmemaßnahmen »nur« als relatives Veräußerungsverbot einstuft. Folge (insoweit Anmerkung des Verfassers): Mit Insolvenzeröffnung wären staatsanwaltschaftliche Beschlagnahmemaßnahmen nach § 80 Abs. 1 InsO ohne Wirkung gegenüber der Insolvenzmasse, da nur absolute Veräußerungsverbote insolvenzfest sind.

Mögliche Zukunft des Überschuldungstatbestands

Anschließend referierte VorsRiBGH Prof. Dr. Ingo Drescher (II. Zivilsenat) zur Geschäftsführerhaftung nach § 64 GmbHG mit dem Thema »Das Zahlungsverbot für Organe in Krise und Insolvenz«. Drescher trug anschaulich zur zahlreichen Kasuistik in der BGH-Rechtsprechung betreffend die Merkmale »Zahlung« (Wann liegt eine Masseschmälerung vor und wann nur ein Aktivtausch? Einzelne Aspekte der Zahlung von/auf debitorisches Konto, insbesondere im Zusammenhang mit ggf. bestehenden Sicherheiten und zur Beweislast) vor.

Das Vormittagsprogramm schloss dann Thole mit dem Referat zum Thema »Die Zukunft des Überschuldungstatbestands« (mit Bezug zum präventiven Restrukturierungsverfahren) ab. Zur Bestandsaufnahme stellte Thole einleitend fest, dass die »Überschuldung« in zahlreichen Rechtsnormen Antrags- und Hand-

lungspflichten auslöst. Wegen dieser verbreiteten Relevanz des Überschuldungsbegriffs sei eine schlichte Abschaffung der Überschuldung so nicht möglich. Nachfolgend ging Thole auf Einzelheiten der Fortführungsprognose als erste Stufe der Überschuldungsprüfung ein. Im Anschluss an die Dornier-Entscheidung des BGH erfordert die insolvenzrechtliche Fortbestehensprognose wohl nur eine reine Liquiditätsbetrachtung. Kommt es insolvenzrechtlich nach wohl überwiegender Auffassung nicht auf die Ertragsfähigkeit an, kann auch eine dauernde, sichergestellte Außenfinanzierung (z. B. bei einem Start-up) zu einer positiven Fortbestehensprognose führen. Der Prognosezeitraum beziehe sich auf das laufende und nächstfolgende Geschäftsjahr. In Ausnahmefällen (z. B. bei schon feststehender Gesetzesänderung für das dritte Jahr) sei zu erwägen, so Thole, den Prognosezeitraum zu verlängern. Basis der Fortführungsprognose seien ein tragfähiges Unternehmenskonzept, i. d. R. eine integrierte Unternehmensplanung und eine ordnungsgemäße Dokumentation der Prognose (Anmerkung des Verfassers hierzu: Wozu auch die plausiblen Prognoseprämissen und deren schriftliche Niederlegung gehören). Schwierigkeiten ergeben sich in Bezug auf die Prognose bei notwendigen Sanierungsmaßnahmen. Diese müssten noch nicht bindend zugesagt sein und, so Thole, auch noch nicht »in den Anfängen umgesetzt«. Dagegen seien bloße Hoffnungen keine Grundlage für eine positive Prognose. Zur Abgrenzung Überschuldung/drohende Zahlungsunfähigkeit wies Thole darauf hin, dass beide Begriffe wohl den gleichen Prognosezeitraum betreffen und damit »faktisch parallel« laufen. Nach dieser Bestandsaufnahme ging er auf Kritik am Überschuldungstatbestand ein. Die Kritiker der Überschuldung als Auslöser einer Insolvenzantragspflicht wiesen häufig auf die fehlende Bekanntheit der Antragspflicht bei Überschuldung hin, die fehlende praktische Bedeutung als Eröffnungsgrund und das erhebliche Prognoserisiko bzw. Prognoseunsicherheiten. Thole war von dieser Kritik am



VorsRiBGH Prof. Dr. Ingo Drescher



Prof. Dr. Christoph Thole



VorsRiOLG Michael Kneist

Überschuldungsbegriff nicht überzeugt. Sodann setzte er sich mit der Überschuldung im präventiven Restrukturierungsrahmen auseinander. Nach Art. 1 Abs. 1a der EU-Richtlinie knüpft diese an Unternehmen »in finanziellen Schwierigkeiten bei einer wahrscheinlichen Insolvenz« an. Thole untersuchte die Frage, ob es ohne Abschaffung der Insolvenzantragspflicht bei Überschuldung einen ausreichenden Anwendungsbereich für das präventive Restrukturierungsverfahren geben kann, insbesondere wenn man vorläufig davon ausgehen wolle, dass das präventive Verfahren bei drohender Zahlungsunfähigkeit greife. Er problematisierte in diesem Zusammenhang das Moratorium (Art. 6 Abs. 1 EU-RL) und die Suspendierung von Insolvenzantragspflichten während des Moratoriums (Art. 7 Abs. 1 EU-RL). Er vertrat hierzu die Ansicht, dass je nach Einzelfall die Fortführungsprognose wegen des Moratoriums positiv werden könne. An dieser Stelle komme es dann aber auf einzelne Inhalte der deutschen Umsetzung an. Auch vor dem Moratorium sei die Frage zu beantworten, wie wahrscheinlich die Finanzierung und/oder der Teilerlass und die erfolgreiche Sanierung unter Einbeziehung der noch nicht beantragten Aussetzung seien. Thole schloss mit dem Fazit, dass die Antragspflicht bei insolvenzrechtlicher Überschuldung »eher« beizubehalten sei. Es seien klarstellende Regelungen des nationalen Gesetzgebers zur Suspension der Insolvenzantragspflicht während der Aussetzung erforderlich. Der bloße Antrag auf ein Moratorium könne nicht die Insolvenzantragspflicht bei Überschuldung erfüllen.

Am Nachmittag des zweiten Tages fanden wiederum zwei Workshops statt. In einem Workshop untersuchte VorsRiOLG Michael Kneist (OLG Düsseldorf) das Thema »Versicherte Schäden und Wissentlichkeit der Pflichtverletzung in der Insolvenz«. Im zweiten Workshop ging Thole auf das Thema »Die Kommanditistenhaftung in der Insolvenz« ein (wegen Teilnahme des Verfassers an dem versicherungsrechtlichen Workshop kann nur insoweit berichtet werden). Kneist verteidigte die bekannte Entscheidung des OLG Düsseldorf, wonach grundsätzlich, d. h. ohne klare Regelungen in den Versicherungsbedingungen, die Geschäftsführerhaftung nach § 64 Satz 1 GmbHG keine gesetzliche Haftpflicht auslöst, die zum »Schadenersatz« verpflichtet. Die Entscheidung des OLG Düsseldorf zum mangelnden Deckungsschutz i. R. d. § 64 Satz 1 GmbHG (vom 20.07.2018, I-4 U 93/16) ist inzwischen rechtskräftig. Die Nichtzulassungsbeschwerde wurde nach Vergleichsschluss zurückgenommen.

Kneist erörterte weitere zahlreiche versicherungsrechtliche Aspekte mit Berührung zum Insolvenzrecht (u. a. das sog. Trennungsprinzip und die Reichweite der Haftung für Vertrauensschäden). In dem klaren Vortrag machte der Referent auch auf eine Entscheidung zur Insolvenzverwalterhaftpflicht und den Ausschluss des Versicherungsschutzes bei »wissentlichem Pflichtverstoß« aufmerksam (OLG Düsseldorf vom 30.11.2018, I-4 U 5/18). In dem Fall ging es um die persönliche Haftung des Verwalters nach § 61 InsO wegen etwaiger Pflichtverstöße »bei



Begründung« von Masseverbindlichkeiten, die dann später nicht erfüllt werden konnten. Im konkreten Einzelfall ging das OLG davon aus, dass jedenfalls dann, wenn die erste Rechnung vom Insolvenzverwalter nicht bezahlt werden kann, danach begründete Masseverbindlichkeiten im dortigen Einzelfall als wissentlicher Pflichtverstoß zu werten waren (Kneist: »Da er (der Insolvenzverwalter) jedenfalls keine andere Erklärung als mangelnde Liquidität für die Nichtzahlung der Rechnungen vorgetragen hat, liegt es dann auf der Hand, dass der Insolvenzverwalter seinerzeit Zweifel gehabt hat, die Kaufpreise zahlen zu können, wenn er bereits den Kaufpreis für die erste streitgegenständliche Rechnung nicht zahlen konnte«). Summa summarum: Eine Veranstaltung, die nicht primär auf Networking ausgelegt ist, das aber dennoch im Rahmen der zwei Tage gut möglich war, z. B. bei der Schiffsfahrt am Abend. Die Tagung überzeugte wieder mit fundiertem Tiefgang und viel Raum für Diskussionen, vor allem in den Workshops. <<